

Wenig Gestaltungsmöglichkeiten: Das Europaparlament ist weiterhin mit schwachen Rechten ausgestattet. Kritiker der EU sollten dennoch um Mandate kämpfen. Von Andreas Wehr

Seiten 10/11



Aufbegehrt

1. Mai: Gewerkschaften, Antikapitalisten und Kriegsgegner mobilisieren zum Arbeiterkampftag

3

Zurückgekehrt

Kolumbien: Präsident setzt Bogotás geschäftsten Bürgermeister Gustavo Petro wieder ein

6

Abgewatscht

Hamburg: Bericht des Datenschutzbeauftragten zum »Gefahrengebiet«. Kritiker sehen sich bestätigt

7

Engagiert

Der verstorbene García Márquez verstand sich vor allem als Journalist. Von Volker Hermsdorf

15

Streik in der Ostukraine

Proteste im Donbass gewinnen soziale Dimension. Kiew setzt »Antiterrorereinsatz« fort. Lawrow droht mit Intervention bei Angriff auf Russen. Von Reinhard Lauterbach

Die Proteste im ostukrainischen Donbass gewinnen eine soziale Dimension. Erstmals seit Beginn der Krise traten am Mittwoch rund 2000 Bergleute aus Krasnodon im Gebiet Luhansk in den Ausstand. Sie hielten auf dem Förderturm ihrer Zeche die Fahne der »Volksrepublik Donezk« und verlangten neben einer Lohnerhöhung um 25 Prozent auch ein Referendum über die Zukunft der Region. Das bestreikte Bergwerk gehört dem Oligarchen Rinat Achmetow.

Am Rande der seit Tagen von Aufständischen kontrollierten Stadt Slowjansk wurde in einem Fluß die Leiche eines Stadtratsabgeordneten der Timoschenko-Partei »Vaterland« gefunden. Kiew und die Aufständischen schieben sich gegenseitig die Verantwortung für den Tod des Politikers zu. Die Kiewer Machthaber behaupteten umgehend, daß für den Mord zwei russische Offiziere verantwortlich seien: der eine mit Namen Strelkow (Schütze), der andere mit Namen »Biesler« – ein jüdisch klingender Name. Beweise legten sie nicht vor.

Das taten auch die Aufständischen nicht, die die Ermordung des Lokalpolitikers als Provokation des »Rechten Sektors« bezeichneten. Am Mittwoch präsentierten sie in Slowjansk einen angeblichen Aktivisten der faschistischen Gruppierung, den sie gefangen genommen hätten. Er habe in Slowjansk Spionageaufgaben wahrgenommen. Neben Symbolen des »Rechten Sektors« seien bei dem Mann auch Notizen mit Adressen und Telefonnummern von Gesinnungsgenossen gefunden worden – was bei jemandem, der in geheimer Mission unterwegs gewesen sein soll, verwundern muß.

Weiter warfen sich die Kiewer



Bergleute am Mittwoch in Krasnodon. 2000 von ihnen haben die Arbeit niedergelegt und das Stadtzentrum blockiert

Machthaber und die Aufständischen im Donbass gegenseitig vor, das Genfer Abkommen über die Räumung besetzter Gebäude und die Entwaffnung illegaler Milizen zu mißachten. Der Argumentation der Rebellen kam dabei zugute, daß die Besetzer des Kiewer Unabhängigkeitsplatzes (Maidan) Berichte dementierten, sie seien dabei, ihre Barrikaden abzubauen. Man beseitige nur den über Monate angehäuften Müll und werde die Barrikaden dann wieder aufbauen, so eine über Twitter verbreitete Erklärung.

Die Kiewer Machthaber teilten mit, ihre »Antiterroroperation« im Donbass sei am Mittwoch wieder aufgenommen

worden. Vizeregierungschef Witalij Jarema dämpfte gleichzeitig Erwartungen seiner Anhängerschaft auf rasche Erfolge. Es gehe zunächst einmal darum, den Gegner ausfindig zu machen. Indirekt geht aus dieser Aussage hervor, daß die Aktion wohl auf gezielte Tötungen abzielt. Jarema räumte ein, am Rande des Besuchs von US-Vizepräsident Joseph Biden mit amerikanischen »Antiterror-Spezialisten« über den Einsatz beraten zu haben. Washington habe die Aktion gelobt, jedoch zu vorsichtigem Vorgehen geraten, um »Kollateralschäden« unter der Zivilbevölkerung zu vermeiden. Man fürchtet in Kiew offenbar sowohl Solidarisierungseffekte unter

der Bevölkerung des Donbass als auch ein mögliches Eingreifen Rußlands, falls es Tote unter den Zivilisten geben sollte.

Moskau behält sich diese Option vor. Das wurde aus einem Interview von Außenminister Sergej Lawrow im englischsprachigen Fernsehsender *Russia Today* deutlich. In dem bei gepflegter Kaminzimmeratmosphäre aufgenommenen Gespräch erklärte Lawrow, bei einem Angriff auf russische Staatsbürger würden die russischen Streitkräfte so reagieren wie 2008 in Südossetien – im Klartext: militärisch intervenieren und die Krisenregion besetzen.

◆ Siehe auch Seite 6

Flüchtlinge planen Marsch nach Brüssel

BERLIN. Flüchtlinge aus Berlin und anderen europäischen Städten wollen mit einem Fußmarsch nach Brüssel gegen Einschränkungen für Asylsuchende in Europa protestieren. Der »Marsch für die Freiheit« soll am 19. Mai in Strasbourg starten und von dort nach Brüssel ziehen, wie Sprecher des Flüchtlingscamps vom Berliner Oranienplatz am Mittwoch ankündigten. Dort wollen die Teilnehmer vom 20. bis 26. Juni während der Sitzungswoche des Europäischen Parlaments auf ihre Lage aufmerksam machen. Die 500 Kilometer lange Route soll durch die Grenzregion von Deutschland, Frankreich, Luxemburg und Belgien verlaufen. (dpa/JW)

Milliardengarantien für Waffenexporte



BERLIN. Für insgesamt 13 Rüstungs- und Waffenexporte hat die Bundesregierung in der vergangenen und der aktuellen Legislaturperiode bis einschließlich Ende Januar 2014 Exportkreditgarantien genehmigt. Das geht laut Pressedienst des Bundestages aus einer Antwort der Regierung auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion hervor. Unter den mit sogenannten Hermesdeckungen versicherten Exporten finden sich U-Boote für Ägypten und Israel sowie Fregatten für Algerien. Die Gesamtsumme der Kreditgarantien beläuft sich auf rund 6,35 Milliarden Euro. Die größte Kreditgarantie wurde der Türkei für den Bau von U-Booten in Höhe von knapp 2,5 Milliarden Euro gewährt. Außerdem werden in der Antwort zahlreiche Veranstaltungen und Termine von Mitgliedern der Bundesregierung sowie Ministerien mit der Rüstungsindustrie aufgeführt, darunter 15 der Kanzlerin. (JW)

Junge Welt wird herausgegeben von 1529 Genossinnen und Genossen (Stand 31.3.2014). Informationen: www.jungewelt.de/lpg

Steinmeier sucht Moldau und Georgien heim

Auch sein französischer Amtskollege und die EU streben engere Kooperation mit früheren Sowjetrepubliken an

Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) streckt die Fühler nach zwei weiteren ehemaligen Sowjetrepubliken aus: Eine dreitägige Reise führt ihn nach Moldau und Georgien, bevor er den südlichen EU-Anrainer Tunesien besucht. In der moldauischen Hauptstadt Chisinau wollte Steinmeier am Mittwoch nachmittag seinen französischen Kollegen Laurent Fabius treffen, um das Besuchsprogramm gemeinsam fortzusetzen. Bei den Gesprächen in Moldau und Georgien soll

die Ukraine-Krise im Mittelpunkt stehen. Die Regierungen beider Länder stehen im Konflikt mit abtrünnigen, prorussischen Regionen und streben engere Beziehungen zur EU an. Georgiens politische Elite hält zudem eine NATO-Mitgliedschaft für angemessen. »Die tiefe Beunruhigung, mit der unsere östlichen Partner die Situation in ihrem Nachbarland Ukraine beobachten, nehmen wir sehr ernst«, sagte Steinmeier vor der Abreise. Deutschland und Frankreich würden alles daran setzen, zur Entschärfung der Lage

in der Ukraine beizutragen, so der Bundesaußenminister. »Die Uhr tickt. Jede weitere Eskalation macht eine Lösung des Konflikts immer schwieriger.«

In Moldau wird es um den seit der Auflösung der Sowjetunion andauernden Konflikt um Transnistrien gehen. Die russisch dominierte Region mit etwa 550 000 Einwohnern hatte sich 1992 nach einem blutigen Bürgerkrieg von Moldau abgespalten, ist aber international nicht als souveräner Staat anerkannt. Rußland hat in dem

schmalen Landstreifen etwa 1500 Soldaten stationiert, Moldau fordert deren Abzug.

Georgien hatte im Jahr 2008 Krieg mit Rußland um Südossetien und Abchasien geführt. Die beiden Regionen sind seither faktisch unabhängig von Tbilissi, ihre Souveränität wird aber nur von wenigen Staaten anerkannt. Steinmeier und Fabius hatten sich bei einem Treffen im Januar vorgenommen, mit gemeinsamen Reisen neuen Schwung in die deutsch-französischen Beziehungen zu bringen. (dpa/JW)

